

## **Antrag**

**der Abgeordneten Hans-Detlef Roock, Jörg Hamann, Ralf Niedmers,  
Olaf Ohlsen, Dennis Gladiator, Klaus-Peter Hesse (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Mehr bezahlbaren Wohnraum für Hamburg – Öffentliche Förderungen  
im Wohnungsbau anpassen**

Der beste Schutz vor ungebremstem Mietpreisanstieg ist immer noch der Bau von ausreichend preiswertem Wohnraum. Die drastische Steigerung von Bau- und Grundstückskosten in den vergangenen Jahren gefährdet jedoch zunehmend die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Hamburg. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Laut dem Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. handelt es sich zum Teil um ungewollte Folgen des durch den Bauboom ausgelösten Preisanstiegs. Überwiegend sei die enorme Kostensteigerung aber Folge von Überregulierungen (gesetzliche Standards, DIN-Normen et cetera) und überbordenden Auflagen und Anforderungen der bezirklichen Stadtplanungs-/Bauausschüsse. Umso wichtiger ist es, die Neubauförderung durch die Wohnungsbaukreditanstalt weiter zu optimieren. Hamburg braucht ein breites Wohnraumangebot vom Sozialen Wohnungsbau über Mietwohnungsbau für den Durchschnittsverdiener bis hin zum Eigentumserwerb in unterschiedlichen Preissegmenten. Die bisherige Wohnraumförderung geht allerdings zulasten von Beziehern mittlerer Einkommen. Durch die aktuelle Durchsetzung des 1/3-Mixes im Wohnungsbau werden Sozialwohnungen von Investoren häufig durch den Bau teurer Eigentumswohnungen quer subventioniert. Der Ausbau im 2. Förderweg bleibt damit auf der Strecke, und somit auch diejenigen Wohnungssuchenden, die zwar keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, sich aber umgekehrt auch keine Wohnung von 10 oder 12 Euro Miete pro Quadratmeter leisten können.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. eine Anpassung aller bestehenden Fördermaßnahmen/-bedingungen im Wohnungsbau an die aktuelle Baukostenentwicklung vorzunehmen.
2. das Programm des 2. Förderweges attraktiver auszugestalten, sodass Investoren bereit sind, vermehrt Wohnungen in diesem Mietpreissegment zu erstellen.
3. die Wohnraumförderung um einen 3. Förderweg im Preissegment zwischen 8 bis 10 Euro/m<sup>2</sup> zu erweitern, um das Wohnraumangebot für Durchschnittsverdiener zu optimieren.
4. die stringente Senatsvorgabe, mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen bei Neubauprojekten erstellen zu müssen, zu flexibilisieren.
5. die zögerliche Anpassung beziehungsweise Aufstellung von Bauleitplänen im Rahmen bezirklicher Entwicklungs- und Potenzialflächen zu beschleunigen.
6. der Bürgerschaft hierzu bis zum 31.08.2014 zu berichten.